

# Nicolas Sarkozy, Präsident einer prekarisierten Gesellschaft

FRANK ECKARDT

**M**it der überzeugenden Wahl Sarkozys zum neuen Präsidenten Frankreichs haben die Wähler hohe Erwartungen verknüpft. Nach den letzten Jahren, in denen Frankreich von Krise und Lethargie geprägt zu sein schien, macht sich in Teilen der Bevölkerung nun etwas wie Aufbruchstimmung breit. »Speedy Sarko« – der Spitzname des konservativen Politikers symbolisiert für die Mehrheit der Franzosen, die ihm das höchste Amt im Staate zugesprochen haben, Reformwille, Ungeduld und Sicherheit.

Ein anderer Teil Frankreichs hingegen sieht die angekündigten Veränderungen im Staate mit Sorge, in den Vorstädten reagieren Jugendliche mit offener Ablehnung und Gewalt auf Sarkozys Wahlerfolg. Frankreich ist polarisiert, der Wahlkampf hat das Land wie nie zuvor politisiert. Eine Rekordwahlbeteiligung und eine intensive Medienberichterstattung haben Frankreich aus einer Resignation gerissen, in der das Land seit dem Schock von 2002, als im zweiten Wahlgang Chirac gegen den Rechtsaußen Le Pen antreten musste, zu verharren schien. Frankreich vollzieht gerade einen politischen Generationenwechsel; die Kohorte der Fünfzigjährigen verspricht Dynamik und Mobilität. Alles wird sich ändern, hatten alle zwölf Kandidaten der ersten Runde angekündigt, und die Sozialistin Royal und der Zentrums Politiker Bayrou redeten gar von einer Sechsten Republik. Die Debatte um die notwendigen Veränderungen in Politik und Gesellschaft wurden im Rahmen des Wahlkampfes in aller Offenheit ausgetragen und haben scheinbar wieder Vertrauen in die Politik hergestellt, nachdem der Dialog der Politik mit der Gesellschaft unmöglich geworden zu sein schien. Auf brennende Vorstädte wurde mit Notstandsmaßnahmen reagiert, und zu den Jugendprotesten im Jahr 2006 erklärte Präsident Chirac, dass er die Sorgen der Jugendlichen nicht verstehe. Streiks und zum Teil lang anhaltende Protestwellen, die Gewalt in den Vorstädten und die Ablehnung der EU-Verfassung per Referendum schienen die politische Elite zunehmend zu isolieren.

Wird sich all dies nun ändern? Die Antwort auf diese Frage wird weniger vom Wahlprogramm Sarkozys oder dessen Aussagen über Politik und Gesellschaft abhängen, sondern davon, ob der neue Präsident die Krisensymptome des Landes als strukturelle, sich über längere Zeiträume verhängende Prozesse anerkennt, die sich nicht durch eine kurzfristige Programmatik »lösen« lassen. In Frankreich vollzieht sich seit drei Jahrzehnten ein gesellschaftlicher Strukturwandel, der sich sozial in einer Prekarisierung der allgemeinen Lebensumstände manifestiert und auf den die französische Politik mit Reformen des Wohlfahrtsstaates und der Wirtschaftspolitik reagiert. Sarkozy ist nicht gewählt worden, um die sozialen Folgen des gesellschaftlichen Transformationsprozesses abzufedern, wie dies seine sozialistische Kontrahentin Ségolène Royal zu tun versprach. Nach seiner Vision sollen in der Gesellschaft alle die Chance haben, Exzellenz zu erreichen. Leistungsbereitschaft und Können sind die zentralen Ausgangspunkte seines »französischen Traums«, und nach seinem Wahlslogan ist »gemeinsam alles möglich«. Die Unruhen in den Vorstädten und die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensumstände wurden hingegen gar nicht direkt thematisiert oder in den allgemeinen Sicherheitsdiskurs eingebunden. Die Wahlanalysen zeigen indes, dass das Thema Sicherheit den Ausschlag bei der Entscheidung der Wähler für einen der Kandidaten gespielt hat und dass Sarkozy weit mehr Kompetenz in dieser Frage zugetraut wurde.

## **Brennende Vorstädte**

Spätestens seit die Medien wenige Wochen vor dem ersten Wahlgang Bilder von stundenlangen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und Jugendlichen am Bahnhof Paris-Nord zeigten, rückte das Thema Sicherheit wieder in den Vordergrund des Wahlkampfes. Die Problematik der Banlieues durchzog aber unausgesprochen den gesamten diesjährigen Wahlkampf. Im Jahr 2002 hatte noch der offene Sicherheitsdiskurs den Wahlkampf dominiert und die Linke in Bedrängnis gebracht, weil sie scheinbar keine Antworten auf die Ängste der Mittelschicht vor der wachsenden Kriminalität zu haben schien. Der Rechten war nach den Ereignissen von 2005 deutlich geworden, dass die Frage der sozialen Kohäsion wahlentscheidend sein dürfte. Sarkozy hatte dies bei seiner Nominierungsrede zum Kandidaten der UMP (Union pour un mouvement populaire) zum Ausdruck gebracht und versucht, mit seinem Buch

»Ensemble« (»Gemeinsam«) und seinem Wahlspruch »Gemeinsam ist alles möglich«, Sensibilität zu demonstrieren. Das hat auch die sozialistische und extreme Linke versucht, deren Repräsentanten durch häufige Banlieue-Besuche ihre Verbundenheit mit den Vorstadtbewohnern unterstrichen. Dennoch ließ Sarkozy nie einen Zweifel daran, dass er der Mann für »Law and Order« und für hartes Durchgreifen ist, der ja bereits durch seine rigide Haltung als Innenminister bei den Aufständen im November 2005 seine Entschlossenheit demonstriert hatte, Gesetz und Ordnung durchzusetzen. Die Haltung der französischen Mehrheit gegenüber den brandstiftenden Jugendlichen zeigt, dass sich in den letzten zwei Jahrzehnten zwischen den Banlieues und dem politischen System eine tiefe Kluft aufgetan hat. Die Wahlergebnisse sind eindeutig: Frankreich teilt sich auf in ein Land der Innenstädte, in denen konservativ gewählt wird, und die Banlieues, in denen die Linke den größten Zuspruch erhält. Wie selten zuvor haben die Ereignisse im Herbst 2005 die Unzufriedenheit von großen Teilen der Bevölkerung in den Banlieues verdeutlicht. Einem tödlichen Unglück zweier Jugendlicher in Clichy-sous-Bois, die einer Polizeikontrolle entfliehen wollten, folgten die schwersten Ausschreitungen seit Bestehen der Fünften Republik und die erste Anwendung der Notstandsgesetze seit dem Algerienkrieg. Die Analyse dieser als »émeute« (Aufruhr) bezeichneten Unruhen zeigt, dass es sich bei den vornehmlich männlichen Teilnehmern um politisch unerfahrene Jugendliche handelte, die vereinzelt und unorganisiert agierten. Es ist nicht richtig, dass – wie der damalige Innenminister Sarkozy behauptete – die meisten bekannte Straftäter waren (Lagrange 2006).

Im Gegensatz zu früheren Aufständen in den französischen Vorstädten folgten einer ersten spontanen Welle der Wut zwei weitere (Mucchielli 2006). Zunächst breiteten sich die Unruhen in der Pariser Region aus, in der in 24 Vorstädten jede Nacht bis zu 500 Autos in Brand gesteckt wurden. Schließlich schlossen sich Jugendliche in mehr als 200 Banlieues den Unruhen an. Die Ausbreitung kann auf die medial geführte Auseinandersetzung zwischen dem Innenminister und den Jugendlichen der Vorstädte zurückgeführt werden. Der Minister hatte mit seiner Stigmatisierung der Unruhestifter als »Verbrecher« und »Gesindel« geglaubt, den Stachel dieser »protopolitischen« Aufstände (Mauger 2006) herauszuziehen. Sarkozys Äußerungen über die Unruhen stellen dabei den vorläufigen Endpunkt einer Umdeutung der Probleme in den Banlieues dar. Die politische Reaktion auf diese Probleme lässt sich als langfristiger Prozess der Entsolidarisierung der Gesellschaft mit den Bewohnern die-

ser Stadtteile verstehen. Aus anfänglicher Sympathie des politischen Frankreich wurde langsam eine offen repressive und autoritäre Sichtweise (Bouamama 2005), überdies wurden die sozialen Problemlagen nach und nach ethnisiert.

Die Analyse der ersten Proteste macht deutlich, dass zu Beginn der Politisierung der Lebensverhältnisse in den Banlieues die Unzufriedenheit der Jugendlichen der Vororte durch ein breites und von allgemeiner gesellschaftlicher Akzeptanz getragenes Bündnis zum Ausdruck gebracht wurde. Hierzu gehörte neben der Kommunistischen Partei, der extremen Linken, den Jugendorganisationen auch die katholische und evangelische Kirche. Durch die zunehmende Prekarisierung haben die Jugendlichen allerdings den Anschluss an diese etablierten Organisationen verloren. Dies betrifft insbesondere die Gewerkschaft CGT (Confédération générale du travail), der die oftmals arbeitslosen Jugendlichen nicht angehören können oder durch die sie sich nicht vertreten fühlen. Die Artikulation im Rahmen der vorhandenen politischen Vermittlerorganisationen wurde zunehmend schwieriger. Die Entfremdung zwischen den politischen Repräsentanten und Bewohnern ist gegenseitig und beruht auf einer Instrumentalisierung der Unzufriedenheit (Bouamama 1994). Die ersten Protestbewegungen hatten eine Vielzahl von Motiven, bezogen sich aber vor allem auf zwei wesentliche Problemlagen: die schlechte Situation der Einwandererkinder in den Schulen und die Angst vor der aufkommenden Front National. Wegen der nicht unbedingt bei allen Beteiligten deckungsgleichen Motivlage konnten sich keine Programmatik und Strategie entwickeln, die die Akteure vor der Vereinnahmung durch verschiedene politische Diskurse hätten schützen können. Die »Unruhen« liefern deshalb zunehmend Begründungen für unterschiedliche politische Lesarten, insbesondere für den Sicherheitsdiskurs der konservativen Politiker, aber auch für den linken Protest gegen die Front National, der sich von der lokalen Politik abkoppelte und zu einer allgemeinen Wahlthematik der linken Parteien wurde. Die sich neu herausbildenden »sozialen und mentalen Intermediatoren« (a. a. O.), das sind in das politische System integrierte Banlieue-Bewohner, brauchten den Bezug zu den von der etablierten politischen Organisationslandschaft abgekoppelten Jugendlichen, aber auch öffentliche Aufmerksamkeit, und haben diese alarmistisch zu erregen versucht. Die Brandstiftungen in den Vorstädten eröffnen durch ihren medialen Charakter eine Artikulationsmöglichkeit, die den Armen auf dem Lande fehlt.

## Die Prekarisierung Frankreichs

Doch die Ausgrenzung der Immigranten und ihrer Kinder in den Vorstädten ist nicht die einzige Bruchstelle in der französischen Gesellschaft. Vielmehr kam es in den letzten zwei Jahrzehnten zu einer allgemeinen Prekarisierung der Lebensverhältnisse, die quer durch alle gesellschaftlichen Schichten geht und die durch die Addition vieler Nachteile die Einwandererkinder in besonderer Weise zu treffen scheint. Mit dem Versprechen, sich der »fracture sociale« zu widmen, hatte Jacques Chirac in seinen Präsidentschaftswahlkämpfen auch viele linksstehende Wähler gewonnen. Er reagierte damit, zumindest rhetorisch, auf einen sich im Lande äußernden Unmut über die Folgen der Reformen des Wohlfahrtsstaats, die graduell und langsam in den neunziger Jahren durchgeführt wurden.

Die sozialen Unterschiede in Frankreich stellen sich seit dem Entstehen der post-industriellen Ökonomie auf eine neue Weise dar, weil sie nicht mehr nur durch Einkommensunterschiede gekennzeichnet sind, sondern die soziale Kohäsion des Landes durch unterschiedliche gesellschaftliche Ausschlussmechanismen beeinträchtigt wird. Es handelt sich um Exklusionen, die durch den Wohlfahrtsstaat nicht aufgefangen werden, da dieser nach wie vor in der Logik der strukturellen Arbeitslosigkeit der siebziger Jahre funktioniert und mit den seit den achtziger Jahren sich abzeichnenden neuen Formen der Ungleichheit nicht Schritt hält. Der grundlegende Mechanismus der Ungleichheitsdynamik im heutigen Frankreich beruht auf der Etablierung von vielfältigen – sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen – Ausschlüssen, die in ihrer Kumulation durch Finanztransfers nicht zu überwinden sind (Paugam 1996). Das Versagen des Wohlfahrtsstaats liegt darin begründet, dass dieser weiterhin Armut und damit den Zugang zu Unterstützung nach einer auf Einkommen basierenden Klassifizierung definiert. Gravierende Exklusionen, die zum Teil einkommensunabhängig sind und auf anderen sozialen Kategorisierungen wie Geschlecht, Migrationshintergrund, Wohnadresse etc. beruhen, werden erst gar nicht politisch sichtbar. Dementsprechend ist Exklusion ein Phänomen, das weit über die betroffene Gruppe der Langzeitarbeitslosen hinausgeht und auch in den Mittelschichten »grassiert«, wie beispielsweise die Jugendarbeitslosigkeit. Bestimmte Gruppen sind von ihr zwar besonders betroffen, weil aber fast jeder vierte Jugendliche eine zumindest zeitweilige Erfahrung des Ausschlusses vom Arbeitsmarkt erleben muss, bewirken diese realen und

befürchteten Schwierigkeiten eine negative Grunddisposition beim Generationenwechsel in der französischen Gesellschaft in allen Einkommensklassen und negative Erwartungen mit Bezug auf die wichtigsten Lebensbereiche wie Wohnen, Familienleben, Erziehung und Kultur (Sauvadet 2006).

Zurückzuführen ist die Etablierung der Exklusionslogik in der französischen Gesellschaft auf eine zunehmende soziale Fragmentierung. Durch die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse werden längerfristige Bindungen, soziale Verbundenheit und affirmative Empathie zu Menschen mit ähnlichen Lebensstilen und sozialer Lage verhindert. Da davon vor allem die junge Generation betroffen ist, kommt es zu einer Krise der politischen Sozialisation; die Erfahrung des Ausschlusses unterminiert das grundlegende Vertrauen in das politische System (Noël 2004).

Die Akkumulation von Ausschlussmechanismen hat dazu geführt, dass die neuen Ungleichheiten sich als permanenter Zustand verfestigen, dem man auch durch Arbeit nicht entkommt. Schätzungsweise sieben Millionen Menschen können trotz Arbeit die Prekarisierung ihrer Lebensumstände nicht verhindern (Cotta 2006). Das »unsichtbare Frankreich« (Beaud, Confavreux und Lindgaard 2006) ist durch eine soziale Problemdynamik gekennzeichnet, die sich nicht mehr durch Einkommensunterschiede, Klassenlage und »soziale Brüche« beschreiben lässt, sondern in der widersprüchliche Lebenszusammenhänge für den Einzelnen erhebliche Schwierigkeiten beinhalten: Die Mehrzahl der Obdachlosen beispielsweise hat eine feste Adresse, die sie aber nicht aufsuchen können; die Hälfte aller jugendlichen Selbstmörder ist homosexuell; junge Arbeitnehmer beim ersten Eintritt in das Arbeitsleben verlieren sämtliche Unterstützungsmaßnahmen des Staates und sind damit oft schlechter gestellt als nicht-arbeitende Gleichaltrige; illegal arbeitende Putzfrauen haben keine Aussicht auf reguläre Beschäftigung und zugleich kein Anrecht auf staatliche Unterstützung, etc. So hat sich in Frankreich ein Prekariat entwickelt, das Millionen von Menschen umfasst. Einer großen Gruppe droht der Absturz ins Prekariat. Das ist nicht nur deshalb ein politisches Problem, weil die prekarierten Gruppen der Gesellschaft nicht repräsentiert werden, sondern weil die Angst vor den Ausschlussprozessen weit verbreitet ist und die Abgrenzung der »Etablierten« von jenen befördert, die in prekären Umständen leben (Chauvel 2006).

## Die Reform des Wohlfahrtsstaats

Die Dynamik der neuen sozialen Ungleichheiten in Frankreich steht in einem ursächlichen Zusammenhang mit den Reformen des Wohlfahrtsstaates, der nicht in der Lage zu sein scheint, auf die veränderten Anforderungen in Zeiten der Prekarisierung angemessen zu reagieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg richtete sich das Hauptaugenmerk des französischen Sozialstaats auf die Verbesserung der hygienischen Lebensumstände und die Verringerung der Altersarmut. Der schrittweise Ausbau des Wohlfahrtsstaates in den folgenden Jahrzehnten verdankte sich einem funktionierenden Generationenvertrag. Ihn erfüllten die jüngeren Kohorten in der Arbeitswelt, während die Wirtschaft beständig wuchs. In dieser Periode, die oft als »die dreißig goldenen Jahre Frankreichs« bezeichnet wurde, spielte der Staat eine aktive Rolle bei der sozialen Absicherung der Arbeitnehmer. Er stellte eine Absicherung gegen Krankheits- und Altersrisiken als allgemeines Gut zur Verfügung. Wie in Deutschland setzt die Inanspruchnahme sozialer Unterstützungssysteme zumeist die Teilnahme am Arbeitsmarkt und Einzahlungen in die Sozialkassen voraus. Der Wohlfahrtsstaat machte aus Frankreich eine »société salariale«, eine einkommensorientierte Gesellschaft (Castel 2000). Ursprünglich für die Arbeiterklasse geschaffen, organisierten auch nachfolgend entstehende Beschäftigtengruppen nach diesem Modell ihre soziale Absicherung und die sozialstaatliche Philosophie, wonach man für seine eigene soziale Absicherung arbeiten muss, wurde zur vorherrschenden Auffassung über den Wohlfahrtsstaat. Aufgewertet wurde die soziale Sicherung der Arbeiter durch eine politische Argumentation, die mit der Betonung der »sozialen Demokratie« in etwa dem deutschen Sozialstaatsgebot entspricht (Merrien 1990). Insgesamt hat das Ensemble von Sozialversicherungen, Sozialstaat und »sozialer Demokratie« dazu beigetragen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahrzehnten der Prosperität nicht von Interessenkonflikten bedroht wurde. Mit diesem Arrangement etablierte sich eine symbolische Ordnung, in der den Gewerkschaften eine Rolle als Verteidiger des Wohlfahrtsstaats zukommt, während den Unternehmerverbänden Möglichkeiten der Kritik eingeräumt werden (Catrice-Lorey 1995).

Wie in anderen wohlfahrtsstaatlich organisierten Ländern wurde dieses gesellschaftliche Modell durch die wirtschaftlichen Umbrüche in den siebziger Jahren in Frage gestellt. Der französische Staat reagierte auf das Entstehen der strukturellen Arbeitslosigkeit mit einer Ausweitung der

staatlichen Leistungen und koppelte die soziale Sicherheit von der Arbeitswelt ab. Es gab verbesserte Leistungen für Nicht-Versicherte, eine Ausweitung des Anspruchs auf familienorientierte Unterstützungsleistungen und eine großzügige Frührentner-Regelung. Die Belastung der öffentlichen Haushalte durch diese keynesianische Politik führte seit den siebziger Jahren zu einer Überschuldung, die fortan zu einem politischen Argument gegen den Wohlfahrtsstaat als Ganzes instrumentalisiert wurde. Nachdem die Regierungen Chirac (1974–1976) und Mauroy (1981–1982) mit ihren Ansätzen zur Eindämmung der Finanzkrise scheiterten, etablierte sich in der Politik und nach und nach auch in der Öffentlichkeit eine monetaristische Haltung gegenüber der Funktionsweise des Wohlfahrtsstaats. Seine Aufgabe verschob sich in den achtziger Jahren immer weiter zu einer Absicherung gegen die direkten und indirekten Folgen der nun strukturellen Arbeitslosigkeit.

Die Rollenverteilung in der öffentlichen Diskussion um die Zukunft der »sozialen Demokratie« hat sich bis heute nicht verändert. Während offensichtlich ist, dass die Unterfinanzierung der sozialstaatlichen Leistungen durch die Diskrepanz zwischen (verringerten) Einzahlungen in die Sozialsysteme und (vermehrten und erhöhten) Auszahlungen vor allem an Arbeitslose hervorgerufen wird, haben die Gewerkschaften in Verteidigung des bestehenden Arrangements betont, dass das Finanzproblem durch eine Zweckentfremdung hervorgerufen werde, weil damit etwa allein erziehende Mütter oder Behinderte Unterstützung erhielten, die von der Allgemeinheit und nicht allein von den Arbeitnehmern zu leisten sei. Mit dieser Haltung blockierten die Gewerkschaften sozial- und wirtschaftspolitische Reformvorschläge und manövrierten sich in die gesellschaftliche Marginalität (Mouriaux 1998). Konsequenz dieser Blockade war die Erhöhung der Sozialabgaben bis in die Mitte der neunziger Jahre. Auch wenn rechte Regierungen die neoliberale Rhetorik übernahmen, wurde die Notwendigkeit einer Reform des Wohlfahrtsstaates nicht anerkannt. Aus der oft richtigen Analyse der Ursachenkomplexe der Unterfinanzierung folgten keine Konsequenzen. Lediglich im Gesundheitssektor wurde der Bevölkerung schrittweise eine höhere Eigenbeteiligung zugemutet. Erst mit der weiteren Europäisierung in den neunziger Jahren und dem verstärkten Zwang zur Bekämpfung der Überschuldung war der Krisenmechanismus, dem Anstieg der Sozialausgaben durch die Erhöhung der Staatsschulden und der Sozialabgaben zu begegnen, gesellschaftlich nicht mehr akzeptabel. Dennoch sind die Maastricht-Kriterien und die damit verbundenen Politikvorstellungen



nicht als eigentliche Ursache der darauf folgenden Wohlfahrtsstaatsreformen anzusehen, sondern sie haben sich an schon vorher etablierte Meinungsmehrheiten angeschlossen und die europäische Agenda hat eher das Timing der Reformen angegeben (Palier 2002). Dies lässt sich nachvollziehen an den Reformen der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsmarktregulation im Jahr 1992 und der Rentenversicherung im Jahr 1993; letztere wurde zehn Jahre später komplettiert. Auch ist der Grundsatz bei der Reform der Krankenkasse zu Anfang der neunziger Jahre, durch stärkere Eigenbeteiligung die Kosten zu reduzieren, der gleiche wie der, an dem sich Minister Philippe Douste Blazy im Jahr 2004 bei seinen Gesetzesänderungen orientierte.

Seit den neunziger Jahren werden die Leistungsverringerungen des französischen Sozialstaats mit der Notwendigkeit begründet, das System als solches retten zu müssen. Diese Argumentation hat die Begründung sozialstaatlicher Politik im Sinne einer »sozialen Demokratie« weitgehend abgelöst. Welche Leistungen noch gewährt werden und wer von diesen profitieren soll, ist nun allerdings zu einem Gegenstand öffentlicher Debatte geworden. Auch in der Reform des Wohlfahrtsstaats zeigt sich der Wandel des Staates, der nicht mehr paternalistisch Regelungen durchsetzt, sondern sich in komplexen Verhandlungen den unterschiedlichen Interessenlagen stellen muss.

## **Die Krise der Repräsentation**

Die Reformen des Wohlfahrtsstaates sind vorbereitet und durchgeführt worden, ohne dass es vorab eine gesellschaftliche Diskussion oder gar Konsensfindung gegeben hätte. Ein Großteil der von Prekarität betroffenen Franzosen fühlt sich seit den neunziger Jahren in dieser Frage mehr durch die Neuen Sozialen Bewegungen als durch die etablierten Parteien vertreten. Auch durch die linken Parteien nicht, die keine Politikalternative für die unzufriedenen Bürger mehr darstellen. Seit dem Jahr 1995, als sich unterschiedliche Teile der Gesellschaft gegen Reformen des Wohlfahrtsstaats organisierten, ist daher eine Renaissance von Straßenprotesten und Streiks zu beobachten. Die Franzosen reagierten mit der Wiederbelebung der republikanischen Tugend der Rebellion (Jefferys 2003). Das Scheitern des Juppé-Plans, mit dem das Staatsdefizit durch Einschnitte ins soziale Netz reduziert werden sollte, wies zugleich auf eine Schwierigkeit der politischen Kommunikation in der Fünften Republik

hin, in der ein autoritärer Politikstil die Konsensfindung über notwendige Reformen verhinderte (Trat 1996). Der Eindruck der Reformunfähigkeit verstärkte sich bei weiteren Gesetzesvorhaben, die durch den Druck der Straße erheblich aufgeweicht oder ganz gestoppt wurden. So geschehen nach den Demonstrationen im März 2000 gegen die Reform des nationalen Bildungswesens von Erziehungsminister Claude Allègre, dann geriet im Jahr 2003 die von Sozialminister Fillion anvisierte Neuregelung des Rentensystems unter Druck, und schließlich kam es im letzten Jahr zu Jugendprotesten gegen die Einführung des »contrat première embauche« (Vertrag zur Ersteinstellung), der von der Regierung de Villepin vorgeschlagen wurde und durch besonders flexible Kündigungsmöglichkeiten die hohe Jugendarbeitslosigkeit reduzieren sollte.

Die Wahlen im Jahr 2002, bei denen nur noch die Wahl zwischen einem konservativen und einem rechtsextremen Kandidaten zu treffen war und an denen lediglich 71 Prozent der Bevölkerung teilnahmen, führten zu einer offensichtlichen »Krise der Repräsentation«. Viele Franzosen fühlten sich nicht nur durch das Parteienangebot, sondern durch das politische System insgesamt nicht mehr vertreten (Knapp 2004). Insbesondere das hohe Ausmaß der Wahlenthaltung der Jungwähler zwischen 18 und 25 Jahren – sie lag bei 28,4 Prozent im ersten und 36 Prozent im zweiten Wahlgang – wird als Krisensymptom wahrgenommen (Muxel 2003). Die Wahlen von 2002 brachten einen Rekord an Wahlenthaltungen und ungültigen Stimmen sowie eine Fragmentierung der politischen Wahlangebote mit einer Rekordzahl von Kandidaten im ersten Wahlgang. Bis 2002 hatten noch nie so viele Franzosen ihre Stimme extrem linken Parteien und Le Pen gegeben, während die Parti Socialiste eine erhebliche Wahlschlappe einstecken musste, der kommunistische Kandidat so wenig Stimmen wie nie erhielt und Wahlsieger Chirac die größte Zustimmung in der französischen Geschichte verbuchen konnte. Die Wahlen im Jahr 2002 waren aber weder eine Ausnahme noch eine Zäsur, sondern die Kulmination längerfristiger Entwicklungen und einer spezifischen politischen Gelegenheitsstruktur (Perrineau/Ysmal 2003).

Nach wie vor stellt die Unterscheidung zwischen rechts und links eine wichtige Orientierungsmöglichkeit in der politischen Kultur Frankreichs dar, doch verschwimmen seit den achtziger Jahren immer mehr die programmatischen Unterschiede und es lassen sich viele Konvergenzen feststellen. Die linken Parteien haben nach der zweiten Amtsperiode Mitterands kontinuierlich an Zuspruch verloren, und insbesondere die Kommunistische Partei, die einst die Rolle der politischen Repräsentation

tion in den »banlieues rouges« innehatte, hat einerseits Platz gemacht für extreme Alternativen und war andererseits nicht in der Lage, die Repräsentationsansprüche der Einwandererkinder in den Vorstädten aufzunehmen (Mascelet 2003). Der Verfall des kommunistischen Milieus geht einher mit einer allgemeinen Abkoppelung des Wahlverhaltens von der sozioökonomischen Position der Wähler, wovon vor allem die Front National mit ihren populistischen Lösungsvorschlägen profitiert.

Zur Erosion der politischen Repräsentation gehört längerfristig aber auch ein schwindendes Vertrauen in das Problemlösungsvermögen der Politik und in ihren Willen, sich der dringenden Probleme der Bevölkerung anzunehmen, sowie eine Diskreditierung der Eliten. Das politische System Frankreichs hat es versäumt, die Akteure und Ideen der Neuen Sozialen Bewegungen der achtziger und neunziger Jahre zu integrieren. Die wachsende Anzahl von schätzungsweise 800.000 Assoziationen, Vereinen und Interessenverbänden spiegelt eine lebhaft demokratische Zivilgesellschaft wider und zeigt, wie groß das Interesse der Bürger an Beteiligung ist. Dieses politische Kapital wurde von den politischen Parteien nur selektiv genutzt (Berger 2006).

## **Bollwerk gegen die Globalisierung?**

Die Repräsentationskrise wird zuweilen durch eine Rhetorik überspielt, in der die Verantwortlichkeiten externalisiert werden; auf Seiten der Linken geschieht dies durch Europa- und Globalisierungskritik. Diese Externalisierung ermöglicht auch einen Anschluss an ein eher diffuses Gefühl der Unzufriedenheit und der Angst vor den Veränderungen in der Lebens- und Arbeitswelt. Im Wahlkampf des Jahres 2007 brachte dies Sarkozy dazu, mit paternalistischem Gestus anzukündigen, er werde sich in erster Linie um die Interessen Frankreichs, etwa in der Industriepolitik und der Airbus-Krise, kümmern. In ähnlicher Weise haben sich die Sozialisten mit einer Staatsauffassung profiliert, nach der die staatliche Sorge um mehr soziale Gleichheit zugleich wirtschaftsfördernd sei. Weder die französische Rechte noch die Linke können aber ihren Wählern vermitteln, dass Frankreich bereits in hohem Maße globalisiert ist und der Staat nicht mehr wie in Zeiten kontrollierbarer Staatsgrenzen in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen kann.

Insbesondere die Einführung der 35-Stunden-Woche durch die linke Regierung Jospin zwischen 2000 und 2002 hat den Eindruck erweckt,

Frankreich wolle nach wie vor auf dirigistische Weise den Markt regulieren. Die Ergebnisse dieser per Gesetz durchgesetzten Arbeitszeitverkürzung sind hingegen nicht so eindeutig positiv, als dass Politiker und Bevölkerung dadurch von der Notwendigkeit der staatlichen Regulation der Arbeitsverhältnisse überzeugt wurden. Während einerseits für viele Arbeitnehmer die Zunahme an Lebensqualität durch verringerte Arbeitszeit die Einkunftseinbußen kompensieren konnte (Hayden 2006), konstatieren andererseits viele Beobachter, dass es zu neuen sozialen Ungleichheiten am Arbeitsmarkt gekommen ist (Fagnani und Letablier 2004). Nach offizieller Lesart (wirtschaftsnahe Beobachter sehen dies anders) hat die Einführung der 35-Stunden-Woche allerdings zu weitgehend positiven Effekten auf die Arbeitslosigkeit, die staatlichen Unterstützungssysteme sowie die Pro-Kopf-Produktivität des Landes und der Unternehmen geführt. Das Amt für Wirtschaftsstatistik INSEE (Institut National de la Statistique et des Études Économiques) meldet insbesondere einen Zuwachs von 350.000 Arbeitsplätzen (Gubin et al. 2004).

Ungeachtet der Effekte dieser staatlichen Intervention konterkariert die Einführung der 35-Stunden-Woche die Entwicklung der französischen Wirtschaftspolitik in Richtung auf eine zunehmende Abkehr vom Dirigismus und eine verstärkte Marktöffnung. Von den siebziger Jahren bis heute, mit Ausnahme der wirtschaftspolitischen Programme in den Jahren 1974–1976 und 1981–1982, lässt sich eine stete, wenn auch verhaltene und langsame Hinwendung zu indirekter Wettbewerbsförderung anstatt direkter staatlicher Interventionen erkennen (Hall 1986). Seit den achtziger Jahren bemüht sich die französische Politik zusehends, Voraussetzungen für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu schaffen. Seitdem hat sich die wirtschaftspolitische Auffassung durchgesetzt, dass der Staat in Zeiten globaler Märkte auch innerhalb der nationalen Grenzen einen intensiven Wettbewerb erlauben müsse. Die französische Industriepolitik wird nunmehr von der Idee geprägt, dass direkte Zuschüsse an Unternehmen verringert werden müssen und nicht die privaten Investitionen ersetzen können. Auch die Parti Socialiste trägt den wirtschaftspolitischen Konsens mit, der beinhaltet, dass das Erzielen von privaten Unternehmensgewinnen die wichtigste Voraussetzung für Wachstum ist.

Frankreich hat einen langsamen, aber gründlichen Wandel in der Wirtschaftspolitik vollzogen, der eine Prioritätenverschiebung zugunsten von Privatwirtschaft und Wettbewerb beinhaltet. Die staatliche Förderung hat insgesamt abgenommen und die Interventionen des Staates

in den Markt erfolgen nur noch im Sinne einer Standortpolitik (Hancké 2002). Der Staat hat dadurch die Kontrolle über wichtige wirtschaftliche Prozesse verloren, wozu auch die Privatisierungswellen zwischen 1986 und 1988 und nach 1993 beigetragen haben. Ziel der neuen Wirtschaftspolitik ist es, Frankreich auch für ausländische Investoren attraktiver zu machen und die Börse zu stärken, die in den letzten zwanzig Jahren für die wirtschaftliche Entwicklung an Bedeutung gewonnen hat (Goyer 2006).

Die französische Wirtschaftspolitik reagiert mit der Anpassung ihrer Doktrin und ihres Instrumentariums auf eine veränderte ökonomische Lage. Diese ist gekennzeichnet durch eine verstärkte Integration in den Weltmarkt und durch einen Prozess der wirtschaftlichen Europäisierung und ist damit insgesamt stärker international ausgerichtet als je zuvor. Insbesondere durch die Privatisierungen der großen Staatsbetriebe ist die Bedeutung des öffentlichen Sektors zurückgegangen. Er bietet heute nur noch halb so viele Arbeitsplätze wie in der Mitterrand-Ära. Der Staat hat sich auch aus anderen wirtschaftlichen Handlungsfeldern zurückgezogen: Lohn- und Arbeitsbedingungen werden verstärkt auf der Ebene der Unternehmen verhandelt; das berufliche Ausbildungssystem funktioniert mit größerer Autonomie; Verhandlungssysteme statt regulierender Vorgaben bestimmen ministerielle Regulations- und Kontrollvorhaben.

Die Neudefinition der Wirtschaftspolitik hat das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern verändert, denn die Gewerkschaften wurden geschwächt. Der Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit, die Intensivierung und interne Flexibilisierung der Arbeit, die Ausdifferenzierung der Lohnstruktur, die allgemeine Deindustrialisierung und das Wachsen der Dienstleistungsökonomie haben den Unternehmen Positionsvorteile verschafft und gewerkschaftliche Schwächen weiter verstärkt. Es kann daher nicht behauptet werden, dass die eher auf »Gouvernance« (vgl. Le Galès und Lascoumes 2004) als auf Dirigismus beruhende heutige Wirtschaftspolitik Frankreichs einen deutschen Weg eingeschlagen und mit großer Verspätung eine korporatistische Architektur hervorgebracht habe. Vielmehr scheint eine der britischen Philosophie entsprechende Arbeits- und Wirtschaftspolitik Schule zu machen, nach der der Markt die Spielregeln in der Wirtschaft bestimmt und die wirtschaftspolitische Aufgabe des Staates nur noch in der Durchführung flankierender sozialpolitischer Maßnahmen besteht (Erhel und Zajdela 2004).

## Prekarität – eine französische Besonderheit?

Angesichts der fortgeschrittenen Globalisierung des Landes, die die ökonomische Flexibilisierung vorantreibt und soziale Unsicherheit vergrößert, angesichts der erschwerten Integration der Einwandererkinder und der Krise der politischen Kultur stellt sich die Frage, ob nicht das gesellschaftliche Modell Frankreichs insgesamt auf dem Prüfstand steht. Im Land sind Stimmen zu hören, die die Reformfähigkeit grundlegend in Frage stellen (Baverez 2003). Die politische und gesellschaftliche Dynamik Frankreichs basiert jedoch auf einem komplexen Beziehungsgeflecht zwischen Staat, Politik, Markt und Gesellschaft, das über die Chiffre der Reformunfähigkeit weit hinausweist (Ascher 2007).

Von weiten Teilen der politischen Elite und der Bevölkerung wird nach wie vor das republikanische Modell als urfranzösisch betrachtet und politische und soziale Probleme werden auf eine mangelnde Verwirklichung der republikanischen Tugenden und Prinzipien zurückgeführt. Reformbedarf wird von den Protagonisten der großen politischen Parteien als Notwendigkeit verstanden, die vorhandenen Politikangebote zu verstärken. In großen Teilen der sozialistischen Linken setzte sich eine Ausrichtung auf Wettbewerbsfähigkeit durch. Die Thematisierung von mehr sozialer Gerechtigkeit wird nur noch instrumentalisiert: »Plus juste, la France sera plus forte« (Gerechter wird Frankreich stärker sein), lautete das Motto der Sozialisten im Wahlkampf des Jahres 2007.

Die Schwierigkeiten Frankreichs, sich den vielschichtigen Ungleichheiten der neuen sozialen Frage zu stellen, sind vergleichbar mit denen anderer westlicher Industrieländer, in denen die Deindustrialisierung und der globale Wettbewerb gesellschaftlich verarbeitet werden müssen. Dennoch wird ein Teil der besonderen Problematik Frankreichs ausgeblendet, wenn nicht auch die politisch-kulturelle Dimension der Prekarisierung in den Blick genommen wird (Barbier 2005). Frankreichs Schwierigkeit mag in der besonderen Verletzlichkeit begründet liegen, die durch die negative symbolische Bedeutung (Missachtung) nicht-gefestigter Lebensverhältnisse in der allgemeinen Wahrnehmung hervorgerufen wird (Offredi, 1988; Klebaner/Martin/Offredi 1988). Wie internationale Vergleichsstudien hervorheben, ist das Besondere der französischen Prekarität, dass unsicheren Lebens- und Arbeitsverhältnissen eine erhebliche politische und kulturelle Stigmatisierung anhaftet (Auer/Cazes 2000). Dennoch unterscheidet sich im Wesentlichen die multiple Ausschlussgesellschaft Frankreichs nicht von der anderer europäischer Länder. »Prekarität« be-

deutet anglosächsisch »Flexibilität«, ist also durch die britische oder amerikanische politische Kultur positiv konnotiert (Nicole-Drancourt 1992). Die Prekarität Frankreichs ist in Form verschiedener Exklusionsmuster eine gesellschaftliche Tatsache. Andererseits ist sie Ausdruck eines Bewertungsprozesses, der sich ob seiner Ergebnislosigkeit abgenutzt hat. Seit 1988 wurden nicht weniger als 77 administrative Texte des Ministeriums für Soziales und Solidarität dem Phänomen der Prekarität gewidmet. Sarkozys Wahl mag sich vor diesem Hintergrund als ein Politikangebot analysieren lassen, in dem statt einer Bearbeitung der Prekarisierungsursachen eine Veränderung der politischen Bewertung der »flexiblen Menschen« (Richard Sennett) angestrebt wird, wie sie in anderen Ländern bereits vollzogen worden ist.

## Literaturangaben

- Auer, P./Cazes, S. (2000): Employment stability in the age of flexibility. Evidence from industrial countries, Geneva, International Labour Office.
- Ascher, F. (2007): *La société évolue, la politique aussi*, Paris.
- Barbier, J.-C. (2005): »La précarité, une catégorie française à l'épreuve de la comparaison Internationale«. In: *Revue Française du Sociologie*, 46/2, 351–371.
- Baverez, N. (2003): *La France qui tombe*, Paris.
- Berger, S. (2006): »La Crise de la représentation«. In: P.D. Culpepper, P.A. Hall, B. Palier (dir.) *La France en mutation 1980–2005*, Paris, 423–448.
- Bouamama, S. (1994): *Dix ans de marche des Beurs, chronique d'un mouvement avorté*, Paris.
- Bouamama, S. (2005): »La construction des »petits blanc« et les chemins du politique«. In: *ContreTemps*, 13, 39–48.
- Castel, R. (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz.
- Cartrice-Lorey, A. (1995): »La sécurité sociale et la démocratie sociale: impasse ou refondation?« In: *Prévenir*, 29, 61–79.
- Chauvel, L. (2006): *Les classes moyennes à la dérive*, Paris.
- Cotta, J. (2006): *7 millions de travailleurs pauvres: La face cachée des temps modernes*, Paris.
- Erhel, C., Zajedela, H. (2004): »The Dynamics of Social and Labour Market Policies in France and the United Kingdom: Between Path Dependence and Convergence«. In: *Journal of European Social Policy*, 14/2, 125–142.
- Fagnani, J./Letablier, M.-T. (2004): »Work and Family Life Balance. The Impact of the 35-Hour laws in France.« In: *Work, Employment & Society*, 18/3, 551–572.
- Goyer, M. (2006): »La transformation du gouvernement d'entreprise.« In: P.D. Culpepper, P.A. Hall, B. Palier (dir.) *La France en mutation 1980–2005*, Paris, 71–108.

- Gubian, A. (2004): »Les effets de la RTT sur l'emploi: de simulation ex ante aux évaluations ex post.« In: *Économie et Statistique*, 376/377, 25–54.
- Guiraudon, V. (2006): »L'Intégration des immigrés ou la politique de l'esquive. Réformer sans changer de modèle?« In: P.D. Culpepper, P.A. Hall, B. Palier (dir.) *La France en mutation 1980–2005*, Paris, 265–300.
- Hall, A. (1986): *Governing the Economy: the Politics of State Intervention in Britain and France*, Oxford.
- Hancké, B. (2002): *Large Firms and Institutional Change: Industrial Renewal and Economic Restructuring in France*, Oxford.
- Hayden, A. (2006): »France's 35-Hour Week: Attack on Business? Win-Win Reform? Or Betrayal of Disadvantaged Workers?« In: *Politics & Society*, 34/4, 503–542.
- Jefferys, S. (2003): »Rebel France. Defending Republican Values.« In: *French Politics*, 1, 355–368.
- Klebaner, P., Martin, G., Offredi, C. (1988): »Au-delà du revenu minimum.« In: *Futuribles*, 126, 3–14.
- Knapp, A. (2004): *Parties and the Party System in France: A disconnected Democracy?* Basingstoke.
- Lagrange, H. (2006): »Autopsie d'une vague d'émeutes.« In: Ders./Oberti, M. (dir.) *Émeutes urbaines et protestations*, Paris.
- Le Galès, P., Lascoumes, P. (dir.) (2004): *Gouverner par les instruments*, Paris.
- Masclat, O. (2003): *La Gauche et les cités, enquête sur un rendez-vous manqué*, Paris.
- Mauger, G. (2006): *L'émeute de novembre 2005: Une révolte protopolitique*, Paris.
- Merrien, F.-X. (1990): »État et politiques sociales: contribution à une théorie néo-institutionnaliste.« In: *Sociologie du travail*, 3.
- Mouriaux, R. (1998): *Crises du syndicalisme français*, Montchrestien.
- Mucchielli, L. (2006): »Introduction générale.« In: Ders./Le Goaziou, V. (dir.) *Quand les banlieues brûlent*, Paris.
- Muxel, A. (2003): »La poussée des abstentions: protestation, malaise, sanction.« In: Perrineau, P./Ysmal, C. (dir.) *Le vote de tous les refus. Les élections présidentielles et législatives de 2002*, Paris 125–153.
- Nicole-Drancourt, C. (1992): »L'idée de précarité revisitée.« In: *Travail et emploi*, 52, 57–70. Offredi, C. (1988): »La précarité des années quatre-vingt ou un phénomène social en gestation dans la société.« In: *Revue internationale d'action communautaire*. 19/59, 21–32.
- Noël, O. (2004): *Jeunesses en voie de désaffiliation: Une sociologie politique de et dans l'action publique*, Paris.
- Palier, B. (2002): *Gouverner la Sécurité sociale, les réformes du système français de protection sociale depuis 1945*, Paris.
- Paugam, S. (dir.) (1996): *L'Exclusion: l'état des savoirs*, Paris.
- Perrineau, P./Ysmal, C. (dir.) (2003): *Le vote de tous les refus. Les élections présidentielles et législatives de 2002*, Paris.
- Sauvadet, T. (2006): *Jeunes dangereux, jeunes en danger*, Paris.
- Trat, J. (1996): *Autumn 1995: a social storm blows over France*. *Social Politics* 3(2–3): 223–236.